

Regierungen Frondizi (1958—1962) und Illia (1963—1966). Das Sample umfaßt insgesamt 782 Personen. Die erste Hälfte des Werkes besteht aus einer historisch-deskriptiven Darstellung der politischen Geschichte sowie einer Beschreibung politisch relevanter sozialer Gruppen und des Parteiensystems Argentiniens; die zweite Hälfte enthält den Versuch, das Untersuchungsziel empirisch einzulösen.

Bemüht man sich, den von Fernández selbst gestreckten Anspruch einer Bewertung zu unterziehen, kommt man nicht umhin, die von ihm verwendeten Methoden sowie einen Mangel konzeptueller Überlegungen zu kritisieren. Zwar werden vielerlei Daten erhoben, die eine Reihe von Erkenntnissen über die soziale Struktur und das Verhalten der Eliten zulassen könnten, doch fehlt ein explizit und überzeugend formuliertes theoretisches Konzept, mit dem der Verfasser in der Lage wäre, durch die Zuordnung bestimmter Variablen und die Erstellung kausaler Modelle zu mehr als nur recht zufälligen und eklektizistischen Aussagen zu gelangen. Statt dessen fließen häufig dem Anschein nach mehr intuitive Annahmen aus der Frühphase der modernisierungstheoretisch orientierten Forschung ein, so etwa die Verwendung von Dichotomien wie der des Gegensatzes von universalistischen und partikularistischen Normen- und Wertesystemen, die — da sie ethnozentrisch fast ausschließlich auf nordamerikanische Vorbilder rekurrieren — von Modernisierungstheoretikern wie Bendix einer überzeugenden Kritik und zugleich differenzierten Neuformulierung unterzogen worden sind. Aus diesem Grunde läßt sich zusammenfassend sagen, daß dieses Buch zwar einige interessante Daten und Anregungen zum Problem von politischen Eliten und Unterentwicklung in einem Land des südamerikanischen Kontinents enthält, jedoch nicht das Niveau vergleichbarer Werke wie etwa Bonillas Untersuchung über die Eliten Venezuelas erreicht.

Kurt-Peter Schütt

ARMANDO ABAD FRANCO

Parteiensystem und Oligarchie in Ecuador

Colloquium Verlag, Berlin 1974

Bibliotheca Ibero-Americana, 292 S., 29,— DM

Die sozialwissenschaftliche Lateinamerikaforschung hat von dem zweitkleinsten Land des Subkontinents bisher nur am Rande Kenntnis genommen. Schon deswegen ist diese politikwissenschaftliche Dissertation, die von dem Politologen Klaus von Beyme in Tübingen betreut wurde, zu begrüßen. Abads Untersuchungsziel besteht darin, die „erklärungsbedürftigen Kernpunkte der negativen und dysfunktionalen Rollen der Parteien im Modernisierungsprozeß“ (S. 14) zu konkretisieren. Zu Recht geht er dabei davon aus, daß die isolierte Betrachtung politischer Organisationen oder Institutionen ohne Rekurs auf externe und interne wirtschaftliche, soziale und kulturelle Faktoren relativ unergiebig bleibt. Aus diesem Grunde wird die Analyse der Struktur und Funktion der Parteien und des politischen Prozesses im Kontext der grundlegenden Wirtschafts- und Sozialstrukturen und der wichtigsten Interessengruppen — Militär, Kirche, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften — betrieben.

So sinnvoll solch ein breit angelegter Ansatz zweifellos ist, so evident ist freilich auch seine Problematik: Die Schwierigkeiten, relevante Faktoren einander zuzuordnen, sie zu gewichten und ihre theoretische Bedeutung empirisch zu messen,

bilden in der Erforschung des Sachverhaltes der Unterentwicklung nach wie vor ein besonderes Problem. Dies trifft auch auf die vorliegende Arbeit zu, der man — will man sie unter diesen Gesichtspunkten kritisieren — ein gewisses Theoriedefizit vorwerfen könnte. Abad geht nur nebenher auf modernisierungstheoretische Konzepte ein; die in letzter Zeit intensiv diskutierte Dependenztheorie wird lediglich in einem Nebensatz erwähnt (S. 13). Statt dessen behilft er sich unter Berufung auf Maurice Duverger mit der aphoristischen Tautologie, daß ausschließlich „gründliche Monographien zu einer . . . allgemeinen Theorie (der Parteien) führen können, diese Monographien jedoch so lange nicht wirklich gründlich sein können, als es keine allgemeine Theorie gibt.“ (S. 11)

Trotz dieser kritischen Bemerkung soll jedoch der Wert der Arbeit nicht geschmälert werden. Sie zeigt überzeugend auf, daß die politischen Parteien Ecuadors einschließlich der seit den dreißiger Jahren den politischen Prozeß dominierenden Bewegung des populistischen Velasquismo (benannt nach ihrem charismatischen Caudillo und fünfmaligen Präsidenten José María Velasco Ibarra) nichts anderes darstellen als personalistische Gruppenbildungen, deren Charakteristikum vornehmlich in ihrem opportunistischen Verhalten liegt. Das primäre Ziel dieser relativ unstrukturierten Gruppen besteht in der Eroberung der politischen Macht zum Zwecke der Distribution aller möglichen Ämter und Posten des Staatsapparates an die jeweilige Anhängerschaft.

In der Unfähigkeit dieser Gruppen, eine an den nationalen Interessen des Landes orientierte Politik zu betreiben, sieht Abad die Dysfunktionalität der politischen Parteien. Als wirkliche Machtelite (im Sinne von C. W. Mills) sei die zahlenmäßig kleine, vornehmlich aus Weißen (10 % der Gesamtbevölkerung) bestehende Oberschicht zu bezeichnen. Sie besteht einerseits aus den in den Küstengebieten konzentrierten exportorientierten Großgrundbesitzern, den Import- und Exporthändlern sowie einigen wenigen vorwiegend in der Konsumgüterbranche tätigen Industriellen und andererseits aus den Latifundistas der Sierra, die aus dem traditionellen Haciendawesen der kolonialen Epoche hervorgegangen sind und deren archaisches Werte- und Normensystem die ecuadorianische Gesellschaft bis heute stark prägt. Obwohl die Interessen beider Gruppen der Oberschicht nicht durchgängig homogen sind, seien sie sich doch in der Erhaltung des sozioökonomischen status quo einig.

In der abschließenden Untersuchung der Interessengruppen kommt Abad zu dem Ergebnis, daß das in ihnen angelegte Entwicklungspotential im Sinne grundlegender Veränderungen äußerst gering ist. Vielleicht, so spekuliert er, könnte es der Armee gelingen, sich ihrer Funktion als Instrument der Herrschaftssicherung der Oberschicht zu entkleiden und zum gewichtigen eigenständigen Akteur zusammen mit progressiven Arbeitern, Priestern und Intellektuellen zu werden. Ein Indiz hierfür sei die militärische Machtübernahme im Jahre 1972, nach der die herrschenden Militärs eine „nationalrevolutionäre“ Programmatik verkündeten. Ob sie diese aber auch tatsächlich realisieren, wird man abwarten müssen.

Kurt-Peter Schütt